



SITZUNGSNIEDERSCHRIFT

Gremium		
Finanzausschuss		
Sitzungsort Sitzungssaal, 2. OG, VG I, Hauptstraße 14, 58332 Schwelm		
Datum 26.04.2018	Beginn 17:00 Uhr	Ende 18:21 Uhr

Zur heutigen Sitzung sind folgende Damen und Herren ordnungsgemäß eingeladen worden und sind anwesend:

Mitglieder

Christoforidou, Elissavet
Hortolani, Frauke Dr.
Kick, Hans-Werner
Tempel, Gabriele
Lenz, Heinz-Jürgen
Lusebrink, Hans-Otto
Sartor, Christiane

Vertretung für Herrn Oliver Flühöh
Vertretung für Herrn Matthias
Kampschulte

Thier, Heinz Georg
Zeilert, Hans-Jürgen
Schwunk, Michael
Gießwein, Brigitta
Lubitz, Eleonore
Schulz, Jürgen
Kranz, Jürgen

ab 17:03 Uhr TOP A 3

Vorsitzender

Kirschner, Thorsten

Sitzungsteilnehmer/innen von der Verwaltung

Heringhaus, Petra
Lache, Wolfhard
Mollenkott, Marion
Müller, Ursula

Schriftführer/in

Bach, Cornelia

Abwesend:

Mitglieder

Kampschulte, Matthias
Pfeffer, Jörg

vertreten durch Frau Christiane Sartor

stellv. Vorsitzender

Gießwein, Marcel

stellv. Vorsitzender

Flüshöh, Oliver

vertreten durch Herrn Hans-Otto
Lusebrink

A Öffentliche Tagesordnung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch den Vorsitzenden
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 3 Niederschrift zur Sitzung vom 22.11.2017 - Kenntnisnahme und Feststellung -
- 4 Fragen der Einwohner/innen an Finanzausschuss und Verwaltung
- 5 Mitteilungen
- 6 Entwurf des Jahresabschlusses 2017 der Stadt Schwelm 058/2018
- 7 Haushaltssanierungsplan
- 7.1 1. Controllingbericht zu den Produktergebnissen 2018 056/2018
- 8 Bekanntgabe von Haushaltsüberschreitungen 044/2018
- 9 Fragen / Mitteilungen des Ausschusses an die Verwaltung

A Öffentliche Tagesordnung

1 Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch den Vorsitzenden

Der Vorsitzende, Herr Kirschner, begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung des Finanzausschusses.

2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Kirschner stellt fest, dass der Finanzausschuss ordnungsgemäß eingeladen worden und beschlussfähig ist.

3 Niederschrift zur Sitzung vom 22.11.2017 - Kenntnisnahme und Feststellung -

Die Niederschrift zur Sitzung des Finanzausschusses am 22.11.2017 wurde den Ausschussmitgliedern rechtzeitig zugeleitet. Auf Nachfrage des Vorsitzenden werden keine Einwendungen gegen die vorliegende Niederschrift erhoben. Der Vorsitzende stellt Kenntnisnahme fest.

4 Fragen der Einwohner/innen an Finanzausschuss und Verwaltung

keine

5 Mitteilungen

keine

6 Entwurf des Jahresabschlusses 2017 der Stadt Schwelm 058/2018

Frau Mollenkott (Kämmerin und Fachbereichsleiterin 3) stellt den Jahresabschluss 2017 dar und erläutert die wichtigsten Positionen bzw. Abweichungen in Form einer Grobanalyse. Die Prognose aus dem Controllingbericht zum 30.09.2017 habe annähernd mit dem Jahresergebnis übereingestimmt. Durch den guten Verlauf der Gewerbesteuererträge sei es möglich gewesen, die Abweichungen aus dem Bereich „Asyl“ aufzufangen und Rückstellungen zu bilden.

Das Komplettdruckstück des Jahresabschlusses befinde sich momentan in Bearbeitung, die Verwaltung wolle den Ausschussmitgliedern das Jahresergebnis jedoch bereits in der heutigen Sitzung mündlich darstellen.

Herr Lenz (CDU-Fraktion) betont die Ausgabendisziplin der Stadtverwaltung. Gleichzeitig bittet er um eine Erläuterung zum Anstieg der Personalaufwendungen im Jahresabschluss und im Controllingbericht.

Herr Kirschner führt aus, dass die tatsächlichen Personalaufwendungen in der Regel nicht mit den Annahmen der Stellenplanung übereinstimmen, da erfahrungsgemäß aufgrund von Unvermeidbarkeiten im Geschäftsbetrieb nie alle Stellen durchgängig besetzt und zudem auch längerfristige Krankheitsausfälle, bei denen im Tarifbereich eine Lohnfortzahlung durch die Krankenkassen erfolgt, nicht kalkulierbar seien.

Frau Heringhaus (Fachbereichsleiterin 1) betont, dass der Haushaltsansatz ein kalkulatorischer Ansatz unter der Annahme sei, notwendige Stellen auch zu besetzen. Einsparungen durch eine bewusste Nichtbesetzung erforderlicher Stellen seien insoweit nicht vorgesehen.

Herr Kick (SPD-Fraktion) fragt nach, in wieweit Wiederbesetzungen im laufenden Jahr oder Tarifierhöhungen für Angestellte und Beamte in den Ansätzen einkalkuliert seien.

Frau Heringhaus führt aus, dass bekannte Tarifierhöhungen einkalkuliert werden. In den anderen Fällen werde mit den Orientierungsdaten geplant. In Fällen, in denen keine Orientierungsdaten zur Verfügung stünden, werde mit Erfahrungswerten geplant. Die Erhöhung der Beamtenbesoldung sei für das Haushaltsjahr 2018 mit den bekannten Erhöhungen kalkuliert worden. Möglicherweise müsse für das Haushaltsjahr 2019 eine Anpassung vorgenommen werden, sobald die Ergebnisse vorliegen.

Im Controllingbericht seien die nichtbesetzten Stellen und Einsparungen durch Krankheitsfälle enthalten unter der Annahme, dass diese Mitarbeiter am folgenden Tag wieder zur Arbeit kommen.

Frau Heringhaus erinnert insofern an die Zusage der Politik, bei einem Mehrbedarf im Bereich der Personalaufwendungen, die auf neue Aufgaben oder ähnliches zurückzuführen seien, Gesprächsbereit zu sein.

Die Politik habe zudem hohe Kürzungen im Personalbudget gegenüber einer Planung unter Annahme einer durchgehenden Besetzung aller Stellen („reine Lehre“) beschlossen. Damit versuche der Fachbereich 1 klarzukommen. Allein der Tarifabschluss für die Angestellten im öffentlichen Dienst sei schwierig umsetzbar.

Herr Lenz bittet um eine Information, ob eine Ausweitung des Stellenpools gegenüber dem beschlossenen Stellenplan erfolge.

Frau Heringhaus erklärt, dass es keine zusätzlichen Stellen gebe, die nicht von der Politik beschlossen seien.

Danach stellt der Vorsitzende Kenntnisnahme der Sitzungsvorlage fest.

7 Haushaltssanierungsplan

7.1 1. Controllingbericht zu den Produktergebnissen 056/2018 2018

Frau Mollenkott (Kämmerin und FBL 3) führt in den 1. Controllingbericht 2018 ein und stellt die Erweiterung um den Finanzplan dar. Danach informiert sie, dass der Tarifabschluss noch nicht eingearbeitet worden sei.

Das hohe Niveau der Gewerbesteuererträge setze sich auch für den April 2018 fort, sodass darüber die Tariferhöhung fast abgefangen werden könnte. Der Überschuss bleibe damit für April 2018 nahezu gleich.

Die Verwaltung schlägt deshalb vor, den nächsten Controllingbericht erst zum 31.05.2018 - für den Finanzausschuss am 21.06.2018 - zu erstellen.

Da keine Bedenken vorgetragen werden, wird der nächste Controllingbericht per 31.05.2018 erstellt.

Herr Schwunk (FDP-Fraktion) bedankt sich für die Aufnahme des Finanzplans in den Controllingbericht. Er bittet um Informationen, wie die Verwaltung mit dem beschlossenen Stellenplan und dem Budget umgehe und wie aktuell bei Stellenbesetzung verfahren werde.

Frau Heringhaus (FBL 1) führt aus, dass es momentan eine ganze Reihe an offenen Stellen im Hause gebe, jedoch am Markt kaum Möglichkeiten zur Rekrutierung vorhanden seien.

Bei einigen Stellen müsse eventuell über eine Neustrukturierung der Stelle oder eine Neubewertung nachgedacht werden. Im Vergleich zu anderen Städten seien die Gehälter beispielsweise bei der Feuerwehr sehr niedrig. Hier laufe bereits eine Neubewertung.

Herr Lenz bittet um Informationen zur Befristung von Stellen und fragt, wie Bewirtschaftungsdifferenzen transparenter gemacht werden könnten. Seiner Meinung nach spiegele der Controllingbericht die Darstellung und die Auswirkungen von „Schließtagen“, die in der Presse bekanntgegeben werde, nicht ausreichend wider.

Frau Heringhaus erklärt, dass befristete Stellen nur noch in wenigen Fällen mit einer Laufzeit von einem Jahr existieren; die meisten Stellen seien inzwischen unbefristet.

Es sei nicht erlaubt, außerhalb des Stellenplans weitere Stellen einzurichten.

Herr Kick erkundigt sich nach der Möglichkeit einer Einstellung, sofern im Stellenplan eine freie Stelle existiere und ein Bewerber mit einer ähnlichen Qualifikation sich auf solch eine Stelle bewerbe.

Frau Heringhaus erläutert, wenn im Stellenplan eine freie Stelle existiere, der Bedarf im Hause bestehe und ein Bewerber sich mit ähnlichen Qualifikationen darauf

bewerbe, dann sei eine befristete Einstellung bis zur Erstellung des nächsten Stellenplans erlaubt. Darüber werde die Politik dann auch informiert.

Bei den Personalkosten im Controllingbericht handele es sich um Schätzwerte, die im Laufe der Zeit durch Erfahrungswerte untermauert werden. Im Stellenplan 2019 seien nur wenige Änderungen zum Vorjahr enthalten.

Bei den Rückstellungen habe es Verschiebungen zwischen den Urlaubs- und den Überstunden-Rückstellungen gegeben. Für den Controllingbericht seien erstmalig die Prognosen zu den Überstunden- und Urlaubs-Rückstellungen abgegeben worden.

Durch die Schließzeiten würden Überstunden-Rückstellungen abgebaut, dafür steigen bei den Mitarbeitern die Urlaubs-Rückstellungen.

Herr Kirschner ergänzt, Urlaubs-Rückstellungen seien erforderlich, solange der Urlaubsanspruch nicht verfallen sei. Gerade bei Beamten sehe das Gesetz das Recht vor, Urlaub noch bis zu 15 Monate nach Ablauf eines Jahres in Anspruch zu nehmen. Wenn und soweit ein Beamter von diesem Recht Gebrauch mache und Urlaub anspare, sei dies gesetzlich zulässig und daher aus Sicht der Verwaltung unvermeidbar.

Herr Kirschner bittet um Aufnahme eines Vorschlages zur Tagesordnung für den kommenden Finanz- oder Hauptausschuss:

Darstellung der Entwicklung und Strömungsprozesse der Überstunden- und Urlaubs-Konten der Mitarbeiter sowie der finanziellen Auswirkungen.

Welche Abbaumöglichkeiten bestehen und welche Gegensteuerungsmaßnahmen können ergriffen werden?

Herr Kranz (SWG/BfS-Fraktion) weist auf die Verschlechterung im Bereich „Asyl“ hin. Danach bittet er um eine Erläuterung der Schwankungen in der Graphik „Liquiditätskredite“ und um Angabe, wann bei Umschuldungen Gespräche mit den Banken aufgenommen würden.

Frau Mollenkott informiert, dass ungefähr 4 Wochen vor Fälligkeit die Gespräche mit den Banken aufgenommen werden.

Danach bittet Herr Lenz kurz um Klarstellung der Zinssätze für die Liquiditätskredite in der Darstellung.

Anschließend stellt Herr Kirschner Kenntnisnahme der Vorlage fest.

8 Bekanntgabe von Haushaltsüberschreitungen 044/2018

Die Sitzungsvorlage wird ohne weitere Diskussion zur Kenntnis genommen.

9 Fragen / Mitteilungen des Ausschusses an die Verwaltung

Frau Lubitz (Fraktion-Die LINKE.) fragt an, ob beim Fällen von Bäumen im Rahmen von Straßenbaumaßnahmen Ausgleichszahlungen geleistet werden und bittet um eine entsprechende Darstellung.

Herr Kirschner stellt fest, dass für diese Frage nicht der Finanzausschuss, sondern der Ausschuss für Umwelt und Stadtentwicklung (AUS) zuständig sei. Eine Beantwortung der Frage müsse voraussichtlich durch den Fachbereich 6 Planen und Bauen oder die TBS erfolgen. Sinnvoll sei es, die Frage im Vorfeld schriftlich an den Vorsitzenden des AUS zu richten, damit sich die Verwaltung darauf vorbereiten könnte.

Herr Lenz verweist noch einmal auf den Bereich „Asyl“ und auf einen Presseartikel über ein Gerät zur Ausweisprüfung ausländischer Dokumente bei der Stadt Hamm. Er fragt an, ob die Stadt Schwelm ein solches Gerät besitze oder in naher Zukunft anschaffen werde.

Frau Mollenkott erklärt, dass ihr dies zurzeit nicht bekannt sei, sie aber gerne Informationen dazu im Hause beschaffen werde, wenn sie eine Kopie des Artikels erhalte.

Es entsteht eine kurze Diskussion über die Zuständigkeiten, ob die Stadt oder der Kreis der jeweilige Ansprechpartner seien.

Unterschriften zu den Seiten 1 bis 8 der Sitzungsniederschrift vom heutigen Tage.

Schwelm, den 06.06.2018	Schritfführerin gez. Bach	Vorsitzender gez. Kirschner
-------------------------	------------------------------	--------------------------------